

SPD demokratischer pressediens

P. XXVI/60

29. März 1971

SPD-Solidarität festigt sich

Fazit und Lehren aus den letzten Wahlen

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands

Seite 1 und 2 / 65 Zeilen

Sorgen der Bundeswehr

Beitrag der CDU/CSU: Negation und Polemik

Von Werner Buchstaller MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Sicherheits-
fragen der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied
des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 3 / 37 Zeilen

Auf Erkundungsreise

Vor den Gesprächen mit Prag

Seite 4 / 41 Zeilen

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Richtlinien für die Durchführung der Wahlen
zu den Vorständen in der Deutschen Kommuni-
stischen Partei" (6 und Schluß)

Seite 5 und 6 / 74 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 8, Heussallee 2-10
Postfach: 0159
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 83 37 - 96
Telex: 888 842 886-847
398 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

SPD-Solidarität festigt sich

Fazit und Lehren aus den letzten Wahlen

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Erfolg, den die Sozialdemokraten mit ihrer Mannschaft unter Führung von Wilhelm Dröscher bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz verzeichnen konnten, schließt einen Zeitraum ab, in dem über die SPD bei ihren Gegnern, aber auch in der öffentlichen Meinung die verblüffendsten Spekulationen angestellt wurden. War es 1970 vor allem die von Landtagswahlkampf zu Landtagswahlkampf neu formulierte Hoffnung der Unionsparteien auf einen Sturz der Bundesregierung, so wurde Anfang dieses Jahres ein Konflikt zwischen der SPD und ihren jungen Mitgliedern hochgespielt und in den grellsten Farben ausgemalt, an dem die Partei - wollte man den Auguren glauben - auseinanderzubrechen drohte.

Die Hoffnung der Unionsparteien erfüllte sich nicht. Die Bundesregierung ist nach wie vor im Amt, und die CDU hat sich schon auf ihrem Parteitag in Düsseldorf auf einen langen Marsch eingerichtet. Und wer vor wenigen Wochen noch auf die große innerparteiliche Krise der Sozialdemokraten lauerte, wurde durch den rheinland-pfälzischen Landtagswahlkampf und sein Ergebnis eines Besseren belehrt: Die sozialdemokratische Mannschaft führte gemeinsam mit den Jungsozialisten einen harten und zähen Wahlkampf.

Der Erfolg gab den Gegnern der SPD, die sich von Konfliktgerede und Diffamierung eine abschreckende Wirkung versprachen, ein weiteres Mal Unrecht. Der als "links" apostrophierte Landesvorsitzende Wilhelm Dröscher erreichte in einem Bundesland, dessen Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit mit Sicherheit nicht zum Radikalismus neigt, den höchsten Zugewinn, den die

Sozialdemokraten seit Übernahme der politischen Führung in Bonn in einer Landtagswahl für sich buchen konnten.

Um hier auch gleich ein anderes Lieblingskind der CDU/CSU-Propaganda aufzugreifen: München. Nun, nach den Differenzen in der Münchner SPD ist dort ein neuer Unterbezirksvorstand gewählt worden. Für Dr. Hans-Jochen Vogel und die Münchner Partei sind damit die ausreichenden Voraussetzungen für die notwendige und gemeinsame harte Auseinandersetzung mit der CSU geschaffen worden.

Man darf einige Lehren aus diesen Ereignissen ziehen:

1/ Wenn in einer Partei offen diskutiert wird, muß darin nicht immer gleich ein schwerer Konflikt gesehen werden.

2/ Es ist selbstverständlich, daß es zwischen der Führungsspitze einer großen Volkspartei, die fast 830.000 Mitglieder zu integrieren hat, und einer engagierten Gruppe junger Mitglieder unterschiedliche Auffassungen über Sachfragen und Methoden gibt. Aber es ist eben so selbstverständlich, daß die offene Diskussion der Solidarität und Geschlossenheit der Mitglieder keinen Abbruch tut, wenn es um die gemeinsame Sache geht.

3/ Die Wähler lassen sich durch Verdächtigungen weit weniger beeinflussen, als deren Initiatoren bislang vermutet haben. Wer dem Eigenheimbesitzer heute noch einreden will, die Sozialdemokraten wollten sein kleines Häuschen enteignen, macht sich lächerlich. Der Wähler der siebziger Jahre läßt sich durch Emotionen nicht manipulieren. Wer ihn gewinnen will, bedarf der Überzeugungskraft und des klaren Sacharguments.

Gerade in der ersten Phase bundespolitischer Führung haben es die SPD und ihre Mitglieder nicht leicht gehabt. Es galt, die langfristigen Zielvorstellungen der Partei mit der nüchternen, durch Haushaltsdaten und vorgegebene Entwicklungen gekennzeichneten politischen Realität in Einklang zu bringen. Wenn die notwendige Geschlossenheit trotzdem bewahrt werden konnte, ist nach den ersten Erfolgen solider Reformpolitik und in größerer Nähe zu der neuen Aufgabe, den Bundestagswahlkampf 1973 erfolgreich zu bestehen, mit noch stärkerer innerparteilicher Solidarität zu rechnen. Denn an dem einen großen Ziel zweifelt niemand in der SPD: Eine Reform dieser Gesellschaft ist nur dann möglich, wenn die Sozialdemokraten über diese Legislaturperiode hinaus in der politischen Führung bleiben.

(-/ex/29.3.1971/bgy)

Sorgen der Bundeswehr

Beitrag der CDU/CSU: Negation und Polemik

Von Werner Buchstaller MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sicherheitsfragen der
SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des
Verteidigungsausschusses des Bundestages

Die Bundeswehr hat Sorgen. Verteidigungsminister Helmut Schmidt hat die Probleme in der Bundestagsdebatte nachdrücklich und in voller Offenheit angesprochen. Die Lücke an qualitativen Unterführern und Offizieren, die seit Aufstellung der Bundeswehr klafft, konnte trotz größter Anstrengungen nicht geschlossen werden. Der zahlenmäßige Umfang an Soldaten und Material kann beim derzeitigen Personalstand des Unteroffiziers- und Offizierskorps nicht verkraftet werden. Weitere Maßnahmen über das Weißbuch '70 hinaus sind notwendig. Entweder gelingt es, den Dienst in der Bundeswehr so attraktiv zu machen, daß ausreichend viele junge Männer auf Zeit oder als Beruf Führungsaufgaben in den Streitkräften übernehmen oder der zahlenmäßige Umfang der Bundeswehr muß den Ausbildungs- und Führungsmöglichkeiten angepaßt werden. Die weitertragenden politischen und fachlichen Probleme, die damit zusammenhängen, hat Helmut Schmidt dem Parlament deutlich vor Augen geführt.

Die Sachdiskussion, die der Bundesverteidigungsminister zur Lösung der Probleme erzwingen wollte, blieb aus. CSU-MdB Dr. Zimmermann beschränkte sich als Sprecher der Opposition auf Negation und Polemik. In nahezu unverantwortlicher Weise bemühte er sich, den Eindruck zu erwecken, als würde die Bundeswehr langsam aber sicher einem inneren und äußeren Zerfall zustreben. Was, so fragt man sich, soll das ständige Spiel mit der Angst vom Schreckgespenst der Inflation bis zur totalen militärischen Überlegenheit des Sowjetblocks? Wem eigentlich soll damit gedient werden, wenn der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses über Möglichkeiten und Anstrengungen der Verteidigung der westlichen Welt weitere Unsicherheit in die Bundeswehr und in die Öffentlichkeit hineinträgt? CDU/CSU kann sich weder an der Verantwortlichkeit des letzten Jahrzehnts noch an der Verantwortung einer Opposition, die ernst genommen werden will, vorbeidrücken.

Wer mit allen Mitteln gegen die sozial-liberale Regierung kämpft, hat damit noch lange keinen konstruktiven Beitrag für bessere Lösungen geleistet. Die lange Rede Dr. Zimmermanns erschöpfte sich in der Polemik gegen die politische und militärische Führung. Vergeblich sucht man nach Alternativen. Daß dem so ist, bringt weder der Opposition noch der Bundeswehr etwas ein.

(-/ex/29.3.1971, ks)

+ + +

Auf Erkundungsreise

Vor den Gesprächen mit Prag

Staatssekretär Paul Frank vom Auswärtigen Amt ist nicht der erste Bonner Diplomat, der nach Prag fährt, um die Möglichkeiten eines Gewaltverzichtsabkommens abzutasten. Vorfühler hat es schon zu Zeiten des gestürzten Staatspräsidenten Novotny gegeben. Die damaligen Sondierungen, für die Staatssekretär Egon Bahr verantwortlich zeichnete, wurden durch die tragischen August-Ereignisse des Jahres 1968 unterbrochen.

Der Versuch, nun auch mit der Tschechoslowakei ins Reine zu kommen und eine Deutsche und Tschechoslowaken schwer belastende Erbschaft abzutragen, reiht sich fugenlos in die von der Brandt/Scheel-Regierung aktivierte und in unsere westliche Bündnispolitik eingebettete Ostpolitik ein. Sie fand ihre vorläufige Krönung im deutsch-sowjetischen und deutsch-polnischen Vertrag. Diese, der Organisierung des Friedens dienende Ostpolitik befindet sich im vollen Einklang mit der allgemeinen Politik unserer westlichen Verbündeten, ein Faktum, das in seiner überragenden Bedeutung gerade in diesen Tagen der amerikanischen Außenminister William Rogers entsprechend gewürdigt hat. Die nur an Parteitaktik orientierten Kritiker dieser Ostpolitik wären gut beraten, würden sie Rogers Zustimmung und Lob zur Kenntnis nehmen.

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei gibt es keine territorialen Streitfragen. Das haben schon frühere CDU-geführte Bundesregierungen hervorgehoben. Allerdings gibt es als schweren Brocken das Münchner Abkommen, dessen Schatten bis in die heutige Zeit hineinreicht; ein von beiden Seiten nur emotional geführter Streit darüber, ob es von Anfang an ungültig war und nun ungültig ist, bringt niemanden weiter. Im Bewußtsein der Völker ist dieses von Hitler erzwungene Abkommen als ein Akt der Erpressung eingegangen.

Heute geht es darum, auch in den Beziehungen zur Tschechoslowakei einen neuen Anfang zu setzen, der geprägt sein müßte von dem beiderseitigen Willen, Trennendes zu überwinden. Die Suche nach einem Kompromiß, nach einer Lösung, die beiden Seiten gerecht wird, dürfte nicht leicht fallen. Rechtliche Folgen, die möglicherweise für die Sudetendeutschen eintreten, müssten in einem Staatsvertrag aufgefangen und geregelt werden.

Das gebietet die schon vor zwei Jahrzehnten von der Bundesrepublik verkündete Obhutspflicht für die Sudetendeutschen. Ein schwieriges Feld gilt es also zu beackern, aber das Interesse in Prag und Bonn, 26 Jahre nach Kriegsende in gut nachbarschaftlichen Verhältnissen leben zu können, sollte und müßte sich durchsetzen.
(ex/ex/29.3.1971/ks)

+ + +

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Richtlinien für die Durchführung der Wahlen zu den Vorständen in der Deutschen Kommunistischen Partei" (6 und Schluß)

Wie wird der Verkauf marxistischer Literatur an der Hochschule organisiert, welche Festlegungen trifft die Gruppe dafür?

Maßnahmen in der Gruppe, die alle Genossen Studenten auf gute Studienergebnisse und Abschlüsse orientieren. Wird dazu ein System der kollektiven Hilfe organisiert?

Durch welche Festlegungen soll die Kollektivität in der Arbeit der Gruppe verbessert werden, Kontinuität der Mitglieder- versammlungen und der Leistungstätigkeit?

Welche Maßnahmen zur planmäßigen Mitgliederwerbung trifft die Gruppe, welche Studenten sollen neu für die Partei im fest- zulegenden Zeitraum gewonnen werden?

Wie soll die Arbeit mit der Zeitung der Hochschulgruppe ver- bessert werden? (Themenplanung, Diskussionsabende mit den Lesern unserer Studentenzeitungen und dergleichen mehr.)

Diese Hinweise sollen helfen, realisierbare Arbeitsvorhaben der Betriebs-, Wohngebiets- und Hochschulgruppen zu entwickeln, die sich an den vorhandenen Möglichkeiten und Notwendigkeiten orientieren. Je mehr sich alle Gruppenmitglieder um die Wirk- lichung, um die Durchsetzung solcher Arbeitsvorhaben bemühen, um so schneller werden die Grundorganisationen unserer Partei poli- tisch, ideologisch und organisatorisch gefestigt werden.

(Es folgen "Empfehlungen für den Kassenbericht eines Gruppen- vorstandes", Hinweise auf Muster-Stimmzettel, Empfehlungen für die Geschäftsordnung von Konferenzen, Empfehlungen für die Wahl- ordnung).

Empfehlungen und Hinweise für einen Rechenschaftsbericht

Im Rechenschaftsbericht sollen u.a. folgende Fragen mit behandelt werden:

1/ Gab es im Berichtszeitraum eine durchgängige Orientierung auf die Arbeiterklasse und die Jugend? Schlußfolgerungen, Er- fahrungen in der Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten; in der Ent- wicklung der Aktionseinheit.

2/ Wie wurde mit Beschlüssen und Dokumenten der Partei ge-

arbeitet, welche politischen Ergebnisse wurden erzielt? Wie wurden die Beschlüsse der letzten Delegiertenkonferenz bzw. Mitgliederversammlung verwirklicht?

3/ Wie hat sich die Parteiorganisation des Kreises bzw. Gebietes entwickelt? Konnten neue Parteigruppen, besonders Betriebsgruppen, gebildet werden? Mitgliederwerbung.

4/ Hat der Kreis- bzw. Gebietsvorstand planmäßig gearbeitet? Waren Arbeitspläne an den Plänen des Landes- bzw. Bezirksvorstandes orientiert? Wie wurden sie realisiert? Welche Erfahrungen wurden dabei gesammelt, welche Schlußfolgerungen daraus gezogen?

5/ Aktivitäten im Berichtszeitraum und ihre Ergebnisse
a/ für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, für eine europäische Sicherheitskonferenz, für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, gegen das Rechtskartell und die sogenannte "Aktion Widerstand", b/ Rose-Punkt-Aktionen, Mieterbewegungen u.ä. Wurde der Einfluß der Partei dabei vergrößert? c/ Solidarität Burgos, Vietnam, Angela Davis usw.

6/ Welche Rolle spielten die Betriebsgruppen in den Lohnbewegungen des vergangenen Jahres, wie wurden diese sozialen Kämpfe ausgewertet? Wurde mit Betriebszeitungen gearbeitet? - Erfahrungen! Wurde der Einfluß der Partei in Betrieben und Gewerkschaften vergrößert? Wie hat der Kreis- bzw. Gebietsvorstand den Betriebsgruppen geholfen?

7/ Wie wurde die Kommunalpolitik im Kreis bzw. Gebiet entwickelt?

8/ Wie hat sich die Bildungsarbeit der Partei im Verantwortungsbereich entwickelt? Welche Erfahrungen wurden dabei gesammelt?

9/ Welche Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit wurden gesammelt, welche Aktivitäten gab es? Ortszeitungen, Flugblätter, Informationsstände, Frühschoppen, betriebsnahe Versammlungen, öffentliche Versammlungen, Demonstrationen, Kundgebungen, Unterschriftensammlungen u.a. Aktionen.

Der Rechenschaftsbericht sollte keine Summierung der Tätigkeit des Kreis- bzw. Gebietsvorstandes sein. Die Tätigkeit sollte mit einer kritischen Wertung und mit Orientierung auf die weiteren Aufgaben dargelegt werden. Dadurch soll erreicht werden, daß der Rechenschaftsbericht die Teilnehmer der Konferenz auf neue Aktivitäten und Bewegungen orientiert und mobilisierend wirkt."